Kreistag des Landkreises Vorpommern-Greifswald

Beschluss der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 27.10.2025.

Beschluss-Nr.: 151-9/25

8. Erwerb der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH (AVG) durch die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH (VVG)
Vorlage: 145/2025

Beschluss

1. Dem Erwerb von 100% der Geschäftsanteile der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH (AVG) durch die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH (VVG) wird zugestimmt.

2. Der Landrat als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung wird ermächtigt und beauftragt, die im Zusammenhang mit der Übernahme der Gesellschaft einhergehenden notwendigen weiteren Schritte einzuleiten bzw. hierfür notwendigen Erklärungen abzugeben.

3. Der Landkreis übernimmt, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde gemäß §§ 120 Abs. 1, 57 Abs. 3, 124 Abs. 1 KV M-V, eine Ausfallbürgschaft für die Aufnahme eines Darlehens durch die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH (VVG) bis zur Höhe von 6.000.000 Euro.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 2 Enthaltung(en)

Sandra Nachtweih
Kreistagspräsidentin

Greifswald, 03.11.2025

Kreistag des Landkreises Vorpommern-Greifswald

Beschluss der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 27.10.2025.

Beschluss-Nr.: 152-9/25

9. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK) des Landkreises Vorpommern-Greifswald
Vorlage: 144/2025

Beschluss

Der Kreistag beschließt, dass im Jahr 2026 eine Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes erfolgen soll. Darin sollen alle zwischenzeitlich in den Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzungen veränderten Sachverhalte berücksichtigt werden, insbesondere das Gebührenmodell, der Umschlagstandort in Pudagla, der Wertstoffhof Pudagla sowie die veränderten Behältergrößen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

Sandra Nachtweih
Kreistagspräsidentin

Greifswald, 03.11.2025

Kreistag des Landkreises Vorpommern-Greifswald

Beschluss der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 27.10.2025.

Beschluss-Nr.: 153-9/25

10. Auszahlung von Ausgleichsmitteln nach § 10 Abs. 5 FAG M-V für den Erwerb neuer barrierefreier Linienbusse im Landkreis Vorpommern-Greifswald
Vorlage: 152/2025

Beschluss

1. Der Landrat wird ermächtigt, die Auszahlung der Ausgleichsmittel nach § 10 Abs. 5 FAG M-V gem. der Richtlinie des Landkreises Vorpommern-Greifswald zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des öffentlichen Personenverkehrs gem. § 3 Absatz 1 der Verordnung zur Verteilung von Ausgleichsleistungen nach § 10 Absatz 5 des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern für den kommunalen Straßenbau und den öffentlichen Personennahverkehr und der aktuellen Verordnung zur Verteilung von Ausgleichsleistungen nach § 10 Absatz 5 des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern für den kommunalen Straßenbau und den öffentlichen Personennahverkehr vorzunehmen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, die Auszahlung der Ausgleichsmittel in den Jahren 2026 bis 2029 (Bewirtschaftungszeitraum) gemäß den geltenden, unter Nummer 1 genannten, Bestimmungen vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Sandra Nachtweih
Kreistagspräsidentin

Greifswald, 03.11.2025

Kreistag des Landkreises Vorpommern-Greifswald

Beschluss der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 27.10.2025.

Beschluss-Nr.: 154-9/25

11. Kommunalen Bankrott verhindern - Appell zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit
Vorlage: 142/2025

Beschluss

Der Kreistag bittet den Landrat, sich bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern nachdrücklich dafür einzusetzen, dass:

die kommunalen Finanzlasten nachhaltig reduziert werden,

das Finanzausgleichsgesetz (FAG M-V) so angepasst wird, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden dauerhaft gesichert bleibt,

eine auskömmliche Finanzierung der Landkreise und Gemeinden im übertragenen Wirkungskreis gewährleistet wird, welche sicherstellt, dass bei diesen Vorfinanzierungslasten vermieden werden,

die Infrastrukturpauschale aus Landesmitteln wieder auf 150 Mio. Euro aufgestockt wird und

bei bestehenden und neuen Landes- und Bundesgesetzen auf eine Senkung der Standards der Aufgabenerfüllung hingewirkt sowie gleichzeitig der Finanzierungsanteil des Landes erhöht wird, um kommunale Finanzlasten zu reduzieren.

Der Kreistag begrüßt den Stopp des bisherigen Gesetzentwurfs zum Finanzausgleich ab 2026 und unterstützt eine Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden mit dem Ziel, ein Finanzausgleichssystem zu schaffen, das die Lasten fair zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden verteilt und die kommunale Selbstverwaltung stärkt. Gleichzeitig muss schnellstmöglich Planungssicherheit für die Kommunen geschaffen werden.

Der Landrat wird beauftragt, diesen Beschluss den kommunalen Spitzenverbänden (Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern und Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern) zur Kenntnis zu geben.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 21 Enthaltungen

Sandra Nachtweih
Kreistagspräsidentin

Greifswald, 03.11.2025

Kreistag des Landkreises Vorpommern-Greifswald

Beschluss der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 27.10.2025.

Beschluss-Nr.: 155-9/25

12. Fertigstellung der geplanten Ortsumfahrung Wolgast
Vorlage: 148/2025

Beschluss

Der Kreistag Vorpommern-Greifswald fordert den Landrat auf, sich gegenüber der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesregierung nachdrücklich für den zeitnahen Weiterbau der Ortsumgehung Wolgast (B 111) einschließlich der geplanten Brückenverbindung einzusetzen.

Der Kreistag bittet den Landrat zu einer der nächsten Kreistagssitzungen den Verkehrsminister des Landes MV einzuladen, damit dieser den weiteren zeitlichen Ablauf und insbesondere den avisierten Fertigstellungstermin für die OU Wolgast vorstellen und erläutern kann. Gleichzeitig soll auch über den Stand und die Planungen sowie avisierte Fertigstellung des Neubaus der Zecheriner Brücke im Kreistag informiert werden.

Beratungsergebnis: **Ergebnis der namentlichen Abstimmung:**
40 Stimmen dafür, 10 dagegen, 0 Enthaltungen

Sandra Nachtweih
Kreistagspräsidentin

Greifswald, 03.11.2025

Kreistag des Landkreises Vorpommern-Greifswald

Beschluss der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 27.10.2025.

Beschluss-Nr.: A 156-9/25

14. Sofortige Einrichtung einer einheitlichen Melderufnummer / eines digitalen Portals
Vorlage: 140/2025 1. Ergänzung

Beschlussvorschlag

Der Kreistag Vorpommern-Greifswald beschließt:
Die sofortige Einrichtung einer einheitlichen Rufnummer und – im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung des Landkreises – eines öffentlichen digitalen Portals für eine Bus-Notfallbereitschaft im Schülerverkehr.

Die Notfallbereitschaft soll im Falle von krankheits- oder kapazitätsbedingten Ausfällen kurzfristig einspringen. Die Reaktionszeit darf höchstens einen Werktag betragen. Abweichungen vom Fahrplan dürfen die in § 113 Abs. 3 SchulG M-V i. V. m. § 39 SchulG M-V genannten Grenzen nicht überschreiten.

Einsätze sind zu dokumentieren (Zeitpunkt, betroffene Linie, betroffene Schülerinnen und Schüler), um daraus einen Key Performance Indicator (KPI) zur Bewertung der Leistungsfähigkeit der Schülerbeförderung des Landkreises abzuleiten.

Die Verwaltung wird mit der Ausarbeitung eines praktikablen Verfahrens beauftragt, damit die Maßnahmen unverzüglich und kreisweit umgesetzt werden können. Über den Stand der Umsetzung ist dem zuständigen Ausschuss bis zur folgenden Kreistagssitzung zu berichten.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, mehrheitlich dagegen, 6 Enthaltungen
Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Sandra Nachtweih
Kreistagspräsidentin

Greifswald, 03.11.2025